

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe Oktober 2016

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) und den [Haftungsausschluss](#) finden Sie auf unserer Homepage.

Eine [Anmerkung](#) zu den Bürgerbriefen, die vor Anfang 2017 erschienen sind, ist am Ende des Bürgerbriefes zu finden.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie@online.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion, 2016-11-17

Inhalt dieser Ausgabe

- **'Syria Solidarity Movement': Stellungnahme der Syria Solidarity Movement zu dem US-Angriff auf die syrische Armee bei Deir ez-Zour**
- **Moon of Alabama: Der Überfall auf Deir Ezzor ermöglicht das 'Salafistenreich', das in der DIA-Analyse 2012 vorgesehen war**
- **kla.tv: Wer sind die wirklichen Barbaren?**
- **Jürgen Todenhöfer: Interview mit Al Nusra-Kommandeur "Die Amerikaner stehen auf unserer Seite"**
- **Volker Bräutigam und Friedhelm Klinkhammer: ... Glorifizierung der "Weißhelme" statt vollständiger Information**
- **Appell kirchlicher Würdenträger aus Syrien: Die Sanktionen der Europäischen Union gegen Syrien und die Syrer sind unverzüglich aufzuheben**
- **German-Foreign-Policy: Deutschlands Kriegsbilanz (III)**
- **Rainer Rupp: Hillary Clinton verantwortlich für Sarin-gas-Geheimoperation und Tod Tausender Syrer**
- **Friederike Beck: ... Die "International Migration Initiative" der Zwölf**
- **Joerg Wellbrock: Feindbild Putin: Der Mann, der zu viel wusste**
- **Christian Fischer: Demokratie braucht Nation**

Zitat des Monats von C.V. Wedgwood (zitiert auf der Seite "[Ergebnisse des Westfälischen Friedens](#)")

Nachdem so viele Menschenleben
für einen so geringen Zweck vergeudet worden waren,
hätten die Menschen begreifen müssen, wie durchaus vergeblich es ist,
Glaubensmeinungen dem Urteil durch das Schwert zu überlassen.
...aber sie (die Menschen) lernten damals nicht,
und man hat es seither nicht gelernt, dass Krieg nur Krieg gebiert.

- 'Syria Solidarity Movement': **Stellungnahme der Syria Solidarity Movement zu dem US-Angriff auf die syrische Armee bei Deir ez-Zour**

Die 'Syria Solidarity Movement' verurteilt den US-Bombenangriff auf Deir ez-Zor "auf das Schärfste". Aus ihrer Sicht gelten folgende Fakten: Neben den vielen getöteten und verwundeten syrischen Soldaten gibt es keine Verluste bei ISIS, der angeblich der Angriff gelten sollte. Schon vor dem Tag wurden Aufklärungsdrohnen beobachtet und die in Bereitschaft befindlichen ISIS-Kämpfer griffen die syrischen Armeeeinheiten sofort nach dem Luftangriff an.

Die Bewegung beschuldigt die USA, den ISIS nie ernsthaft bekämpfen zu wollen. Mit dem Angriff auf Deir ez-Zor solle es dem ISIS ermöglicht werden, sich "einen großen Teil des Euphrat-Tales in Syrien anzueignen". Die Bewegung wirft den USA vor, nicht die Absicht gehabt zu haben, die Waffenstillstandsvereinbarung mit Russland und Syrien einhalten zu wollen.

Die Bewegung ist der Meinung, die US-Regierung sollte sich bei Syrien entschuldigen, sich aus Syrien zurückziehen, die Unterstützung für die ISIS einstellen, die Beachtung der Endnutzer-Zertifikate für alle in den Nahen Osten gelieferten Waffen ernsthaft überwachen, jegliche finanzielle Unterstützung der ISIS unterbinden, subversive Tätigkeiten unterlassen, die Sanktionen gegen Russland und Syrien beenden und sich so zu äußern, wie sie und ihr Militär zu handeln beabsichtigen.

"Die ['Syria Solidarity Movement' fordert die Respektierung des Völkerrechts](#), die Strafverfolgung von Verstößen dagegen, die Beendigung aller Versuche von Staaten, sich auf Kosten anderer Staaten Vorteile zu verschaffen, die Lösung internationaler Konflikte mit diplomatischen Mitteln und die Entwicklung friedlicher und konstruktiver Beziehungen zwischen allen Staaten."

'Syria Solidarity Movement' ist zuvorderst an einer Lösung der syrischen Probleme interessiert. Diese sollen aber in einem nationalen Dialog unter Beteiligung aller Parteien gefunden werden. Unter Beachtung der Menschenwürde, ohne Gewalt, ohne jegliche militärische Intervention. (Red.)

[Inhalt ↑](#)

- Moon of Alabama: **Der Überfall auf Deir Ezzor ermöglicht das 'Salafistenreich', das in der DIA-Analyse 2012 vorgesehen war**

Nach einer von der 'Defense Intelligence Agency' (DIA) 2012 erstellten Analyse ist es möglich, [ein erklärtes oder nicht erklärtes salafistisches Reich in Ostsyrien \(Hasakah und Deir ez-Zor\) einzurichten](#). Das scheint nun Plan der USA zu sein. Denn neben dem jetzigen Angriff auf Deir ez-Zor hatten schon am 18.08.2016 kurdische YPK-Einheiten das Zentrum von Hasakah angegriffen.

Als damals syrische Flugzeuge eingreifen wollten, drohten die USA diese abzuschießen. So sind die syrischen Truppenteile aus den bewohnten Gebieten in Hasakah vertrieben worden und auf eine kaum zu haltende Position auf einen Flughafen nahe Hasakah gedrängt worden.

[Moon of Alabama](#) ist eine unabhängige Internetseite, die Texte und Kommentare für die politische, ökonomische und philosophische Diskussion bereit stellt. (Red.)

[Inhalt ↑](#)

- kla.tv: **Wer sind die wirklichen Barbaren?**

In einem Interview (Video 0h28) mit der US-amerikanischen Nachrichtenagentur 'Associated Press' (AP) [nimmt der syrische Präsident Stellung zu den wesentlichsten Anschuldigungen](#), die wiederholt gegen ihn und die syrische Armee erhoben werden. Zum Beispiel mache es doch keinen Sinn, wenn der syrische Staat, der die Menschen auf seiner Seite wissen will, seine eigenen Bürger oder deren medizinische Versorgung bombardiere. Assad kann nicht erkennen, dass die ausländische Unterstützung der Terroristen in den nächsten Monaten aufhören wird. Eine Teilung Syriens würde eine soziale Teilung der Gesellschaft voraussetzen, die laut Assad nicht gegeben ist.

[Inhalt ↑](#)

- Jürgen Todenhöfer: **Interview mit Al Nusra-Kommandeur "Die Amerikaner stehen auf unserer Seite"**

Jürgen Todenhöfer hat erneut Syrien besucht und dabei mit dem Kommandeur der Rebellen-Gruppe 'Jabhat Al Nusra' gesprochen, die zu Al Kaida gehört. Die Rebellen gaben Todenhöfer zu verstehen, dass sie [an einem Waffenstillstand und an internationalen Hilfskonvois nicht interessiert](#) seien. Zudem seien militärische Aktivitäten in mehreren Städten Syriens geplant.

Das Ziel bleibe der Sturz des Regimes von Assad und die Gründung eines islamischen Staates. Al Nusra gehe dabei ihren eigenen Weg, da der IS entsprechend den Interessen der großen Staaten wie etwa den USA für deren politische Zwecke benutzt werde.

Die Unterstützung der syrischen Opposition erfolge indirekt über die Regierungen anderer Länder wie Libyen, Türkei, Saudi-Arabien und Israel. Der Westen unterstütze sie nicht richtig, auch wenn aus allen westlichen Ländern viele Kämpfer kommen. Die Al Nusra bestehe aus vielen Gruppen, aus denen sich auch immer wieder neue Gruppen mit neuen Namen bilden können.

Einen [Überblick über die Namen](#) der größeren und seit einiger Zeit bestehenden Gruppen von sunnitischen Dschihadisten gibt u.a. Peter Temel. (Red.)

[Jürgen Todenhöfer](#), Jg. 1940, ist promovierter Jurist, Publizist und ehemaliger Medienmanager. Er war 1972 bis 1990 Bundestagsabgeordneter der CDU. Er unterstützte den von den USA geförderten Guerillakrieg gegen die sowjetische Intervention in Afghanistan. Ab etwa 2001 profilierte sich Todenhöfer als Kritiker der US-Interventionen in Afghanistan und im Irak. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Volker Bräutigam und Friedhelm Klinkhammer: ... **Glorifizierung der "Weißhelme" statt vollständiger Information**

Entgegen den Nachrichten, z.B. bei der ARD, sind die ["Weißhelme" keine Gründung von Syrern zur Hilfe für Syrer](#). Gegründet wurden die "White Helmets" 2013 von dem vormaligen britischen Offizier James Le Mesurier, der Militärberater der Vereinigten Arabischen Emirate, speziell Katars, ist. Katar ist einer der wichtigsten Finanziere und Waffenlieferanten der Terroristen in Syrien.

Die Organisation hat 2'900 Helfer. Diese sind ausschließlich in Gebieten tätig, in denen der IS und die al Kaida kämpfen. Finanziert wurden die "Weißhelme" anfänglich von Katar. Sie erhielten aber sogleich 19,7 Mio. Pfund (23 Mio. Euro) von der Regierung in London, 4 Mio. Euro von den Niederlanden, 5 Mio. Euro vom Auswärtigen Amt in Berlin (inzwischen hat die BRD weitere 7 Mio. Euro gezahlt) und 32 Mio. Dollar vom US-Außenministerium.

Die Höhe der erhaltenen Sachleistungen ist unbekannt. Andererseits wurde dem 'Syrisch-Arabischen Roten Halbmond' mit der westlichen Sanktionspolitik der Geldhahn zugedreht.

[Volker Bräutigam](#) ist deutscher Publizist, der schon verschiedene Programmbeschwerden wegen unsauberer Medienberichterstattung einlegte. (Red.)

[Friedhelm Klinkhammer](#) war langjähriger Gesamtpersonalratsvorsitzender des NDR und zeitweise persönlicher Referent der Direktorin des NDR-Landfunkhauses Niedersachsen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Appell kirchlicher Würdenträger aus Syrien: **Die Sanktionen der Europäischen Union gegen Syrien und die Syrer sind unverzüglich aufzuheben**

17 namentlich genannte kirchliche Würdenträger verschiedener christlicher Konfessionen in Syrien haben einen Aufruf unterzeichnet, in dem sie an die Europäische Union appellieren, ihre [menschenverachtenden Sanktionen gegen Syrien zu beenden](#).

Seit 2011 besteht diese Blockade gegen Syrien für Finanztransaktionen und viele Handelsgüter. 2012 wurde allerdings das Öl-Embargo ausgerechnet für die Regionen aufgehoben, die von den bewaffneten Dschihadisten kontrolliert werden! Für die Zivilbevölkerung und auch für die Hilfsorganisationen fehlt es dagegen nicht nur an den notwendigsten Gütern, sondern auch an Möglichkeiten, Geldsendungen aus dem Ausland an Verwandte und Freunde in Syrien zu überweisen.

Die Unterzeichner appellieren an alle politischen Verantwortlichen in den EU-Staaten, über diese furchtbaren Ungerechtigkeiten zu informieren und die Sanktionen aufzuheben.

[Inhalt](#) ↑

- German-Foreign-Policy: **Deutschlands Kriegsbilanz (III)**

[Fünf Jahre nach den NATO-Angriffen auf Libyen](#) rechnet ein Ausschuss des britischen Parlaments schonungslos mit dem Krieg und den angeblichen Kriegsursachen ab. Die Kernbegründung der im März 2011 gestarteten westlichen Intervention, Muammar al Gaddafi habe ein Massaker an der Bevölkerung von Benghazi geplant, das verhindert werden müsse, sei nicht mit belastbaren Argumenten zu belegen. Es sei zudem äußerst unwahrscheinlich gewesen, da Gaddafi weder bei früheren Unruhen noch bei der Einnahme aufständischer Städte wie Ajdabiya im März 2011 Massenmorde an Zivilisten hat verüben lassen.

Tatsächlich hätten äußere Interessen die entscheidende Rolle gespielt. Über Frankreich etwa heißt es unter Berufung auf französische Geheimdienstoffiziere, es sei Präsident Nicolas Sarkozy um stärkeren Zugriff auf libysches Erdöl, größeren politischen Einfluss in Nordafrika und die Demonstration militärischer Macht gegangen. Der Zerfall des libyschen Staates und das Erstarken militanter Islamisten seien von Anfang an zu erwarten gewesen.

Die Vorwürfe treffen auch Berlin: Während die Bundesregierung dem Krieg offiziell ihre Zustimmung verweigert hat - nicht zuletzt aus Gründen deutsch-französischer Rivalität -, hat sie sich an ihm mit der Entsendung von mehr als hundert Offizieren und Unteroffizieren in die kriegführenden NATO-Hauptquartiere beteiligt.

Durch die Kriegshandlungen in 2011 kamen Schätzungen zufolge rund 20'000 Menschen ums Leben. Die Zahl der Binnenflüchtlinge wird aktuell auf rund 400'000 geschätzt. Der Krieg hat das Land ökonomisch, sozial und politisch in hohem Maße zerstört. Libyen steht vor dem Absturz in einen langandauernden, umfassenden Bürgerkrieg.

Bei alledem haben die westlichen Mächte ihre Kriegsziele in Libyen nicht erreicht und versuchen nun - bislang vergeblich und ohne größere Erfolgsaussichten -, das Land mit Hilfe einer von außen eingesetzten "Übergangsregierung" unter Kontrolle zu bekommen.

Der Artikel steht leider nicht mehr kostenfrei zur Verfügung. (Red.)

[German-Foreign-Policy](#), eine Gruppe unabhängiger Publizisten und Wissenschaftler, beobachten kontinuierlich das Wiedererstarken deutscher Großmachtbestrebungen auf wirtschaftlichem, politischem und militärischem Gebiet. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Rainer Rupp: **Hillary Clinton verantwortlich für Saringas-Geheimoperation und Tod Tausender Syrer**

Laut Recherchen des investigativen US-Journalisten und Pulitzer-Preisträgers Seymour Hersh ist die US-Präsidentenskandidatin Hillary Clinton verantwortlich für eine Geheimoperation im Jahr 2012, in welcher [Sarin aus libyschen Giftgas-Beständen mit Hilfe der CIA nach Syrien geschmuggelt](#) und dort von islamistischen Rebellen eingesetzt wurde. Der Giftgasanschlag, bei dem 1'200 unbeteiligte Menschen starben, wurde später der al Assad-Regierung in die Schuhe geschoben und sollte als Vorwand für eine Militär-Intervention der USA dienen.

Rainer Rupp, Jg. 1945, [Ex-Spion der DDR in der NATO](#), [schrieb bis Feb. 2016 für die 'jungeWelt'](#) vor allem zu Außen- und Sicherheitspolitik. Rupp misst der Friedensfrage die höchste Priorität zu. (Lebensbericht bei KenFM [Teil 1](#), [Teil 2](#), je 1h20; [Doku zu Spion 'Topas'](#), 0h41) (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Friederike Beck: ... **Die "International Migration Initiativ" der Zwölf**

Es ist allgemein bekannt, dass der Wahl-New-Yorker George Soros in der großen und kleinen Politik mitmischet. Ziele seiner Zuwendungen sind US-Politiker wie Hillary Clinton oder Barack Obama, US-NGOs wie das 'Center for American Progress' oder weltweite Kampagnenorganisationen wie 'MoveOn' oder 'Avaaz', die sich wiederum mit Soros' Geldern ausgestattet in die große Politik einmischen. Ein besonderes Augenmerk legte Soros schon immer auf die Europäische Union und deren Währung Euro.

Damit die EU die Aufnahme von Migranten attraktiver gestalten kann, soll es sich weiter verschulden. Die EU soll einheitliche Asyl- und Migrations-Agenturen schaffen, den Grenzschutz einheitlich gestalten. Es seien sichere Wege für die nach Europa strömenden Menschen zu

schaffen. [Die Flüchtlingskrise möge in den Augen von Soros als Katalysator dienen](#), um die endgültige europäische Vereinigung auf allen Ebenen einzuläuten.

Um das zu unterstützen, betreiben seine Stiftungen 'Open Society Foundations' gemäß seinen Überzeugungen eine Internationale Migrationsinitiative EPIM, wofür zwölf Partner-Stiftungen gegründet wurden. Diese Initiative setzt sich für einen zunehmenden juristischen Schutz, eine bessere Politik und eine bessere Steuerung der internationalen Migration ein. Mit der größten Selbstverständlichkeit regiert Soros mit seinem krakenhaften Netzwerk mit langem Atem in die ureigensten und internen Angelegenheiten europäischer Staaten hinein.

Die bisherigen Recherchen lassen in Summe ein hier tätiges Stiftungskapital von ca. 34 Mrd. Euro erkennen. Welche Hilfe könnte damit in den Herkunftsländern der Migranten realisiert werden! Denn jeder in Deutschland und Europa für Flüchtlinge ausgegebene Euro ist in deren Heimatländern mindestens das Zehnfache wert!

Stattdessen werden die Gelder genutzt, um sich mittels der Einzel-Stiftungen unterschiedlich stark in die Politik der europäischen Staaten einzumischen. Unter anderem mischt hier die Robert-Koch-Stiftung mit, die Migration und Arbeitskräftemangel miteinander verquickt und sich für die Förderung der öffentlichen Rolle des Islam in Deutschland einsetzt. Oder Soros' tschechische PASOS (Policy Association for the Open Society) setzt sich mit ihrer Lobbyarbeit durch 56 Mitgliedsorganisationen für ein Europa der ungehinderten Einwanderung ohne Visumpflicht und ohne Grenzen ein.

Beck legt Wert darauf, Soros' Rolle im Gesamtzusammenhang zu sehen: Soros beteiligt sich an der Destabilisierung Libyens und Syriens über den Transmissionsriemen von Kampagnenorganisationen und NGOs und greift nunmehr, da der Nahe Osten erfolgreich in Brand gesteckt ist, weiter in das Geschehen ein.

Hier sei noch auf den Betrag von Paul Schreyer "Die Demokratie des George Soros" in unserem 'Bürgerbrief für Frieden und Demokratie' vom September 2016 verwiesen. (Red.)

[Friederike Beck](#), Jg. 1968, studierte Geschichte, Slawistik und Anglistik, ist freie Autorin ("Das Guttenberg-Dossier"), Übersetzerin, Kolumnistin und Bloggerin. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

• Joerg Wellbrock: **Feindbild Putin: Der Mann, der zu viel wusste**

Für die westlichen Medien ist Wladimir Wladimirowitsch [Putin das Feindbild Nummer eins](#), das ist nicht neu. Und egal, was Putin tut oder sagt, Kritik und die Unterstellung böser Absichten sind ihm gewiss, sowohl medial als auch durch die etablierte Politik.

Es scheint der alte Ost-West-Konflikt zu sein, der noch immer – oder erneut – köchelt und brodelte. Doch es gibt einen Unterschied zu den Zeiten des Kalten Krieges: Russland ist nicht mehr sozialistisch, das "Reich des Bösen" gibt es zumindest im Sinne des Kampfes "Kapitalismus versus Kommunismus" nicht mehr.

Putin wird dennoch das Feindbild bleiben. Weil er sich geweigert hat, das mitzumachen, was Jahre zuvor in Chile, Südafrika, Polen oder auch New Orleans nach dem Hurrikan „Katrina“ gemacht wurde: dem Neoliberalismus ungehinderten Zugang zu verschaffen und einer fast grenzenlosen Privatisierung zuzustimmen. Putin schien zu ahnen, dass sich der Neoliberalismus die größten Stücke vom Kuchen namens Russland würde abschneiden wollen. Das wird ihm übelgenommen, auch heute noch.

Ob der Hinweis des Artikels auf einen Erfolg der neoliberalen Politik der 'Chicago Boys' in China einer seriösen Prüfung standhält, kann bezweifelt werden. (Red.)

[Joerg Wellbrock](#) (alias Tom A. Wolf), Jg. 1968, "professioneller Texter mit Taktgefühl" und freier Autor, verfolgt das Politikgeschehen und die Berichterstattung der Mainstream-Medien [kritisch](#). (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Christian Fischer: **Demokratie braucht Nation**

Anlässlich des Brexit macht sich Christian Fischer [Gedanken über Demokratie, Nation, Europäischer Union und Frieden](#).

Welche Gründe für den Austrittsbeschluss des United Kingdom aus der EU auch immer zusammengespielt haben mögen – es war ein demokratischer Beschluss gegen eine undemokratisch organisierte Europäische Union. Fischer stellt dar, dass die Gründung und Respektierung von Nationalstaaten seit dem Westfälischen Frieden 1648 vor allem ein Schritt war, Frieden zwischen den Völkern zu sichern. Noch bevor die Nationen sich im Verlauf von Jahrhunderten dann auch auf unterschiedlichen Wegen demokratisch organisiert haben, mussten sie dafür zuerst den Raum, nämlich die souveräne Nation als Ort einer gültigen Rechtsordnung schaffen. Kriege hat es weiterhin gegeben, aber nicht weil es Nationen gab, sondern weil die Nationen (noch) nicht demokratisch organisiert waren mit gleichen Bürgerrechten für alle. Je besser eine demokratische Ordnung eingerichtet ist und gelebt wird, desto unwahrscheinlicher werden Kriege, denn die Völker sind mehrheitlich nie Befürworter von Kriegen. Man kann die demokratische Reife einer Nation sogar an ihrer Friedensfähigkeit messen.

Gegenwärtig beobachten wir eine Souveränitätsabschöpfung durch die EU in den demokratischen europäischen Nationen, getragen von demokratisch gewählten Repräsentanten. Die EU selbst ist keine demokratische Einheit, sie hat kein Staatsvolk als Souverän, sie hat keine Gewaltenteilung, sie agiert als nahezu absolutistische Exekutive mit den alten demokratischen Institutionen der Nationen, die sich selbst zu Ausführungsorganen der EU-Rechtsetzung gemacht haben, so als wären sie nur noch die Verwaltungsapparate der EU. Und gleichzeitig steigen die Kriegsgefahr nach außen und die militärische Aufrüstung. Das ist letztlich auch ein Verrat am Westfälischen Frieden von 1648, der von Klaus Koniarek [umfassend beleuchtet](#) wird.

Wir Bürger müssen uns unserer Souveränität wieder bewusst werden und sie leben, indem wir uns die Souveränitätsrechte zurückholen, die unsere Repräsentanten abgegeben haben, zum Beispiel durch die Realisierung und Praktizierung von bundesweiten Abstimmungen, die uns das Grundgesetz – bisher ohne gesetzliche Umsetzung – zusichert.

Christian Fischer, Jg. 1951, studierte Architektur und Neuere Geschichte, Dr.-Ing. mit zahlreichen Fachpublikationen in Bauphysik, politisch und journalistisch tätig mit Publikationen in den Zeitschriften 'Die Neue', 'Zeit-Fragen', Buchpublikationen "Demokratisches Manifest 21", "Demokratie buchstabieren". Redaktionsmitglied 'Bürgerbrief für Frieden und Demokratie'. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

Anmerkung der Redaktion:

Der Inhalt der Bürgerbriefe aus den Jahren 2014, 2015 und 2016 ist von den Bürgerbriefen übernommen worden, die bis Ende 2016 auf der Homepage www.volksinitiative-esm-austritt.de erschienen sind. Mit dem Übergang auf die neue, eigene Homepage wurde auch auf das seit Februar 2016 verwendete Format mit vorangestelltem Inhaltsverzeichnis umgestellt. Bei der dabei vorgenommenen Überprüfung der Links zu den hier nur zusammengefassten Original-Artikeln wurde festgestellt, dass der eine oder andere Link nicht mehr funktionierte; die nicht mehr zur Verfügung stehenden Links wurden, wenn möglich, durch aktuelle ersetzt oder ersatzlos eliminiert.

[Inhalt](#) ↑